

76. Abgeordneter
Andreas Bleck
(AfD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Studie des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e. V., in der die Menge der durch Windkraftanlagen getöteten Insekten auf jährlich 1 200 Tonnen geschätzt wird (www.dlr.de/tt/Portaldata/41/Resources/dokumente/st/et_1810_10_3_Trieb_BCDR_51-55_ohne.pdf)?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Rita Schwarzelühr-Sutter
vom 29. März 2019**

Die Bundesregierung nimmt keine Bewertung externer Studien vor.

In keiner der bekannten Studien, die die Ursachen des Insektenrückgangs untersuchen, wird die Windenergie als Ursache oder Mitursache genannt. Es zeigt sich vielmehr, dass der Insektenrückgang eine weltweit feststellbare Entwicklung ist, und zwar auch in Regionen, in denen es noch keine oder kaum Windräder gibt.

Der Insektenrückgang in Deutschland, aber auch weltweit, findet bereits seit mehreren Jahrzehnten statt. Die Hauptursachen des Insektensterbens wirken also bereits über einen sehr langen Zeitraum; dies sind zum Beispiel Flächenverluste, Flurbereinigung, die Intensivierung der Landnutzung oder auch der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln.

77. Abgeordneter
Karlheinz Busen
(FDP)
- Wer aus dem Umweltbundesamt hat am 15. März 2019 bei Twitter.com auf den Beitrag von Bundesministerin Julia Klöckner vom 14. März 2019 zur Zulassung von Pflanzenschutzmitteln geantwortet, in dem das Umweltbundesamt dem Tweet der Bundesministerin zur Zustimmung der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln für das Jahr 2019 widerspricht sowie u. a. darauf hinweist, dass das Umweltbundesamt die Zustimmung zur Zulassung daran gebunden hat, Auflagen zum Schutz der biologischen Vielfalt einzuhalten, und hat die Bundesumweltministerin Svenja Schulze den öffentlichen Widerspruch des Umweltbundesamtes gegenüber Bundesministerin Klöckner (vorher oder nachträglich) gebilligt?

**Antwort des Staatssekretärs Jochen Flasbarth
vom 1. April 2019**

Im Umweltbundesamt (UBA) twittern die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Referates „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Internet“. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) teilt aus rechtlichen Gründen nicht mit, welche Personen für das UBA twittern. Das UBA stimmt wesentliche Themen der Öffentlichkeitsarbeit mit dem BMU ab. Die Position von Bundesumweltministerin Schulze zum oben genannten Sachverhalt ist durch mehrere Medienberichte bekannt.